

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die 'Volkstimme' erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Text: Johannes Grottel, für die Illustrationen: Carl Wenzel, für die Anzeigen: Carl Wenzel, für die Anzeigen: Carl Wenzel.

Bezugspreis: Monatlich 20 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 20 Pfennig. Bei den Buchhandlungen 25 Pfennig ohne Beleggeld. Einzelheft 5 Pfennig. — Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Zeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Retraumet 30 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druckerei: Halle, Große Ulrichstraße 27. — Verleger: Carl Wenzel.

Nr. 44.

Halle, Sonnabend den 21. Juli 1917.

1. Jahrgang.

Ernüchterung.

Der fünfte Kanzler Wilhelms 2. hat gesprochen. Und er hat so gesprochen, wie jeder preußische Geheimrat an seiner Stelle gesprochen haben würde. Guter Bureaufratendünkel. Fleißige Arbeit. Korrektheit, Gewissenhaftigkeit, kategorischer Imperativ, ernstes Streben, den Wünschen der Parteien in gerechter Weise entgegenzukommen! Streunung!

Die Spannung ist verloren. Die Ernüchterung ist da. Man will ja gewiß in seinem Urteil nicht übereinstimmen, es ist das ja, gewiß nur ein erster Eindruck, und wir ganz gewiß bereit, sogar mit Freunden bereit, dem Kanzler alles abzubitten, was wir ihm heute unredt tun müssen. Aber der erste Eindruck ist doch der: Ich finde nicht die Spur von einem Geist und alles ist... Bureaukratie.

Der Ruf, der Dr. Michaelis vorangegangen ist, eine starke Persönlichkeit zu sein, läßt sich nach diesen ersten Eindrücken nicht aufrechterhalten. Es war

nichts Großes dabei.

In seiner ersten Rede, nichts was den Gedankengang des Hörers bejammert oder — sei es in Zustimmung oder Widerspruch — sein Herz schneller schlagen läßt. Es war wirklich nichts anderes als ein mit leichtem gutem Anstand vorgetragenes, sorgfältig den Umständen angepaßtes Gelehrtenvortrag.

Es war ein einziger Satz darin, der wirklich etwas bedeuten könnte: „Ich werde mit der Führung nicht aus der Hand werden lassen!“ Das wäre vortrefflich, wenn Doktor Michaelis wirklich ein Führer wäre. Aber seine erste Rede sagt uns, daß er es nicht ist.

Ein Führer darf kein Geführter sein. Dr. Michaelis ist aber ein Geführter. Ueber seiner ganzen Rede schwebt die Autorität seiner in drei Jahren gemachten Leberleistung, der er sich völlig unfähig beugt. Er hat in seiner Rede Dinge erzählt, die jeder Journalist von den zuständigen Stellen schon unzählige Male gehört hat, ohne dabei mitunter ein skeptisches Rächeln unterdrücken zu können. Dr. Michaelis hat diese Dinge erst in den fünf Tagen seiner Kanzlerdauerschaft erfahren, und gibt sie als neue Entdeckungen treuherzig wieder.

Er muß erst lernen!

Was er zu Beginn seiner Rede über die Kriegsurfachen ausführte, war

ein schwerer politischer Fehler.

„Zum Teufel, was fimmert's dich!“ möchte man ihm zurufen. „Sei froh, daß du nicht dabei gewesen bist, ummeßung dieser Unmasse und entfachte nicht mühsam den alten Streit, der zu nichts führt.“

Genau das, was kein härteres Wort zu gebrauchen, war die Erörterung über den völkerrächtlichen Charakter des U-Boot-Kriegs. Bei der folgenden Auseinandersetzung über die Wirksamkeit der neuen Methode des Seefriedens gab es ein kleines Malheur. Denn Michaelis verfiel — natürlich nur bildlich — seinem Redebau zur Rechten verächtlich einen Satz, daß er weit zur Seite stehe. Der Kanzler wandte sich nämlich mit scharfen Worten gegen diejenigen, die den Erfolg des U-Boot-Kriegs für einen zeitlich nahen Termin vorausgesetzt hatten. Da rief er von der Linken wie aus einem Munde: Helferrück!

Mit Herr Helferrück als gegenwärtiger Staatssekretär des Innern und zukünftiger des Reichens nun erlobt oder nicht? Aber diese Erledigung lag gar nicht in der Absicht des Redners. Er hatte ganz ahnungslos seinem stolgen den Streich verleiht.

Ahnungslos ist vielleicht überhaupt das gegebene Wort der Situation.

Das Friedensprogramm nimmt Michaelis an. Wie sollte er auch anders, die Mehrheit ist seit. Aber wie er es annimmt — das ist nicht die Art des Mannes, der sich „die Führung nicht aus der Hand werden läßt!“ Er nimmt es an und er sucht zwischen den Worten der Rechten klar zu machen: „Es geht auch so!“

Der Kampf um die auswärtige Politik des Reiches ist unentschieden. Es ist keine starke Hand da, um sie nach der einen oder nach der andern Richtung zu führen. Das ist das allgemeine Gefühl.

Ein ähnlicher Eiertanz wird um die Frage des Parlamentarismus vollzogen. Es ist

ein ewiges Einerseits — Andererseits,

das sich nicht leugnen will, sondern die weitere Entwicklung der Dinge abwartet. Das Bravo, das sich der Linken auf der Spitze formen will, nimmt ihr bei der zweiten Hälfte des Satzes die Rechte schon wieder aus dem Munde.

In diesem Zusammenhang fällt dann auch das große Wort: „Ich werde mit der Führung nicht aus der Hand werden lassen!“ Wer ist? Ich? Michaelis ist kein Führer, vielleicht kann er es werden, aber dazu muß er erst lernen, und zum Lernen ist jetzt keine Zeit. Hinter dem sprechenden Geheimrat steht man in diesem Augenblick ein anderes atöheres Ich sich erheben: Das Zentrum der Bureaukratie, des Verfallsstaats.

Wir glauben nicht, daß der neue Kanzler den Kampf sucht. Er sucht ein geheimrächtliches Kompromiß.

Und weiß nicht, daß auch da für die Zeit vorüber ist!

Der Friede der Verständigung.

Bis in die letzte Stunde hinein hatten die Mächte der Eroberungspartei mit ungeheurer Beharrlichkeit die Friedensrede verbreitet, die Friedensrevolution des Reichstags wurde zurückgezogen oder, wenn sie doch zur Abstimmung gebracht würde, von der Regierung entschieden zurückgewiesen werden. Die Absichten hatten ihren üblichen Reaktions- und Telegrammsturm erregt und die national-liberale Partei wirklich eingeschüchtert. Bei der Regierung und beim Reichstag ist ihr Mäanderei geblieben. Die einleitende Rede des neuen Reichskanzlers war in der Form wenig wirkungsvoll. Michaelis sprach

ausgütlich mit innen Bauern

abwischen den einzelnen Wäldern, ohne Wirkung und fast ohne Beifall, der nur gelegentlich aus den Reihen des Zentrums erkörte. Das darf nicht blind dagegen machen, daß tatsächlich seine Erklärungen für die Friedensfrage gegenüber den früheren Regierungserklärungen ein gewisser Fortschritt waren. Sobald die Feinde ihre Eroberungs- und Wiederwerfungsgefühle aufgeben und eine Verhandlung wünschen, ist ganz Deutschland bereit, in die Verhandlungen einzutreten. Reichsregierung und Seeresleitung glauben ihr Ziel der dauernden Sicherung Deutschlands gegen die Wiederholung dieser entsetzlichen Prüfung im Rahmen der vom Reichstag anzunehmenden Resolution erreichen zu können, in der es bekanntlich heißt:

Der Reichstag erhebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Verbindung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Geisteserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Mit dieser Erklärung haben sich Reichstag, Reichsregierung und auch — wie Michaelis mitteilte — die Seeresleitung unverkümbbar auf den Boden des reinen Verteidigungskriegs und des Friedens ohne Annerionen und Entschädigungen gestellt.

Die Bedeutung dieser Friedensfundgebena, die von dem Zentrumstredner Fehrmann abgeleitet und wirkungsvoll begründet wurde, kennzeichnete Scheidemann an dem Tag: daß, wenn morgen das englische Unterhaus eine gleiche Erklärung annähme, und die englische Regierung dazu die gleiche Erklärung abgäbe, die Michaelis abgegeben hat, die

Friedensverhandlungen morgen beginnen

könnten. Gegenüber allen Verdrehungsversuchen der Eroberungspolitiker, als sei diese Resolution der schmähliche Verzicht und Verrat an all den Opfern der frontführenden Heere Scheidemann fest, daß deutsche Ehre und deutsches Land dabei voll gewahrt bleiben; daß 90 Prozent des deutschen Volkes von Herzen bereit sind, diesen Frieden der Verständigung, der Vernunft, und des Rechts zu schließen, sobald die Feinde dazu bereit sind; daß dieser Friedenswille, festgelegt durch Weidlich eine Reichstagsmehrheit, unüberwindlich ist; daß nur er der Wahrheit und nichteren Einsicht entwidert, weil weder wir die Feinde in kurzer Zeit gerichtet werden können, noch diese das in der Verteidigung unüberwindliche Deutschland niedergumerken vermögen.

Auch die Fortschrittler schlossen sich dieser Erklärung im wesentlichen an. Was die Redner der andern Parteien jagten, ging unbeachtet verloren. Der Wille des deutschen Volkes ist durch die aus dem Geiste der deutschen Sozialdemokratie geborne Friedensrevolution festgelegt.

Zu den:

innerpolitischen Fragen

ankerkte sich der neue Reichskanzler sehr zurückhaltend. Das Verprechen des gleichen Wahltreue in Preußen erklärte er auch als für sich bindend, irgendein ernsthafter Widerspruch dagegen wurde nicht erhoben. Der Fortschrittler nach Parlamentarisierung der Regierung will er entgegenkommen, soweit er das bei dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches tun zu können vermag. Bei der Auswahl seiner Mitarbeiter verhielt er darauf zu sehen, daß sie nicht nur die nötige Eignung zu ihrem Amte haben, sondern auch das volle Vertrauen der Mehrheitsparteien des Reichstags genießen.

Nachdrücklich erklärte Scheidemann, daß diese Zusagen der Sozialdemokratie keineswegs genühten. Insbesondere forderte er eine allgemeine Amnestie für die politischen Verurteilten, voran Karl Liebknecht und die vollständige Aufhebung der Pressezensur, für deren Wärfen er neue passende Beispiele anführte.

Für die Sozialdemokratie gab Scheidemann die Erklärung ab, daß sie auch diesmal den

neuen Kriegsstreben

zustimmt. Nicht als Vertrauensvotum für das noch sehr ungenügend beschriebene Blatt, das der neue Kanzler politisch darstellt, sondern als Ausdruck des Willens für die reine Verteidigung und Nichtsalsverteidigung des deutschen Volkes und die stärkste der deutschen Arbeiterklasse einzusetzen. Nach der Rede Saales wurden denn auch die Kriegsstreben gegen die Stimmen der Unabhängigen bewilligt.

Die dritte Lesung dieser Vorlage wird am Freitag stattfinden. —

Die Petersburger Unruhen

Die Lage in Petersburg ist ernst, sofern man den zahlreichen Meldungen, die Reuter über die Vorgänge in der russischen Hauptstadt verbreitet, glauben darf. Allen Reuter hat schon so oft, um den Interessen der Konten zu dienen, Falschmeldungen in die Welt gesetzt, daß man auch dieses Mal guttun, seinen Nachrichten mit einigen Mitteilungen zu begnügen und wünschenswerten ihnen abzuweichen. Es ist kein schwerer Irrtum von unruhigen revolutionären Charakter neuerdings in Petersburg ereignet haben, ist unzulässig ist. Das bestätigen auch Nachrichten,

die aus anderen Quellen als von Reuter stammen. Was von den reitig falschen Mitteilungen, die heute vorliegen, halbwegs glaubwürdig erscheint, stellen wir im nachfolgenden zusammen:

Nach Mitterdan gelangte die Nachricht, daß von dem Generalkommando und dem Bismarck des Hauptquartiers der Regierungstruppen in Petersburg

große Revolten herrschten.

Auf dem Bismarck wurden ringum Kanonen aufgestellt.

Man sagt, General Komow, der die Regierungstruppen befehligt, habe mit seinen Soldaten in letzten Gemerksamen: In den Straßen seien nicht weniger als 1000 Mann zusammengekommen, die die Regierungstruppen befehligt, habe mit seinen Soldaten in letzten Gemerksamen: In den Straßen seien nicht weniger als 1000 Mann zusammengekommen, die

Ein Fahnenhändler und ein großer Schreyer führten Tausende von Weibern, Soldaten, Arbeiter und Arbeitertruppen aus Straßend nach Petersburg, wo die Straßend mit Mitterdan

schlechte Strafenmäßigkeit mit Tötungen verankert. Die Zahlen der Kronstädter Anarchisten hatten die Aufschrift: „Nieder mit der Regierung, es lebe die Kommune!“

In der Gasse bei den Revolver-Verkäufen und der Subventionen begann daselbst Schießen wie am Karneval. Es folgte ein Galopp der Wachen in der Gasse. In der allgemeinen Panik, die dadurch entstand, war es nicht möglich, die Zahl der Opfer festzustellen.

Schüler wurde wieder auf dem Ritzing-Platz gefesselt. Das Volk suchte Zuflucht in den Häusern. Ein Teil der Kronstädter zog nach der Villa Grewinoffen, dem Hauptquartier der Anführer, von Lenin, der die Ziele der ganzen Bewegung zu sein scheint, eine Aufnahme an die Wache richtete. Nach den letzten Meldungen erwartet man Zusammenstöße zwischen den Regimentsgruppen und den meuternden Soldaten. Die Streitkräfte in der Gasse sind verhältnismäßig schwach.

Am 17. Juli wurden über 100 Schwabene in einem einzigen Anmarsch der Hauptstadt eingekerkert. Bei einem Zusammenstoß zwischen den bewaffneten Regimentsgruppen, die mit roten Fahnen und Wulst die Straßen durchzogen, und einer Abteilung von Soldaten wurden fünf Mann getötet und 25 verwundet. Am Abend des 17. waren die Straßen geräumt und fast leer, aber eine große Anzahl gepanzerter Autos schob sich durch die Gassen.

„Dach News“ meldet, daß am Montag abend, als der Ministerialrat über die Krisis insolge des Rücktritts der obersten Minister beriet, plötzlich ein Auto mit bewaffneten Soldaten und Maschinengewehren beim Premierminister vorfuhr und die Hebergabe der Minister verlangte. Es fuhr dann wieder ab und kehrte in einer halben Stunde zurück. Es fanden zwei Autos vor der Ministerwohnung, wovon die Meuterei ein requiriertes mit der Bemerkung, daß ein Automobil für die Regierung genügt.

Aus andern Meldungen geht hervor, daß Militär und bewaffnete Arbeiter den Minister Fejerski zu verhaften versuchten und auch den Landratspräsidenten Zichonoff festnahmen. Er wurde erst entlassen, als der Majorski Trupp

in seiner Rede darauf drängte. Im Ministerialrat bestanden Tschelische, welchen höchsten Einbruch die Streikbewegung im Ausland und an der Spitze hervorgerufen würden. Dann wurde das bestimmte Verbot der Regierung gegen die Streikbewegungen erlassen.

Nach „Dach News“ nun das erste Anzeichen, daß in Petersburg etwas dazugewonnen, das die Situation des Landes nach den finanziellen Folgen außerhalb der Stadt. Daran schloß sich die Aufnahme von Soldaten als Regimentsgruppen, deren sie beibehalten werden sollten. Das Hauptverbot selbst kann die Sicherheit in der Stadt, wobei die Revolutionäre gewöhnlich bemerkt und Panik verbreitet wurden.

Manches meinte man hinsichtlich des Ministers. Ein außerordentlich Ministerialrat hat über den Vorfall bei der Besetzung des Sitzes des vorläufigen Regierungsrats nach Moskau beraten. Das Ergebnis der Beratung wurde nicht bekannt.

Entensendungen aus Petersburg besagen, daß die dortige Lage insolge der Ministerkrise und der Agitationen der Maximilianen wieder sehr ernst geworden sei. Es heißt jetzt fest, daß es sich bei den Unruhen am Montag darum handelte, die provisorische Regierung gewaltsam zu stürzen und an ihre Stelle den Arbeiter- und Soldatenrat zu setzen. In einem von dem „Ritter Nachrichten“ wiedergegebenen Situationsbericht des Petersburger Korrespondenten des „Daily Chronicle“ heißt es: Die Krisis ist sehr ernst geworden, und man weiß nicht, wie sie sich entwickeln wird. Für den Augenblick selbst steht Provo im Amt, aber man kann nicht sagen, ob der Ministerium einen Mann nehmen wird, um neue, niedrigqualitative Mitarbeiter zu finden, und ob der Delegiertenrat der Arbeiter und Soldaten die Aufgabe, ein neues Kabinett zu bilden, auf sich nehmen wird.

Der außerordentliche Charakter der Petersburger Unruhen und besonders das Anzeichen der allgemeinen Unruhen gegen England erregt in London ernste Besorgnis. Aus den Zuschriften an den von den entente-feindlichen Truppen mitgeführten Bauern sind folgende besonders bemerkenswerte: „Nieder mit dem imperialistischen Krieg, nieder mit der imperialistischen En-

tente. Keine Offensiv, freien Hand mit den fruchtbarsten...“

entente. Keine Offensiv, freien Hand mit den fruchtbarsten...“

entente. Keine Offensiv, freien Hand mit den fruchtbarsten...“

Was der Krieg

Durchbruch bei Joczow.

Der Reichskanzler hat am Donnerstag nachmittag in seiner ersten Rede Mitteilung von einem Telegramm Hindenburgs an ihn gemacht, wonach in Ostgalizien ein deutscher Gegenstoß gegen die russische Offensive Brzyslaw am Donnerstag vormittag gelungen ist. Das Telegramm lautet:

Durch die russische Offensive in Galizien herausgefordert, hat dort heute ein durch starken Regen bisher hinausgeschobener deutscher Angriff östlich Joczow eingeleitet. Unter heroischer Leitung des Feldmarschalls Prinz Leopold von Bayern haben deutsche Divisionen, unterstützt durch österreichisch-ungarische Artillerie in allseitigstem Schwung und feher Subertheit die russischen Stellungen durchbrochen.

Im Abendbericht der deutschen Heeresleitung vom 19. d. M. wird dies Ereignis mit folgenden Sätzen gemeldet:

Herausgefordert durch die Offensive, welche die russische Armee an der Front der Regierung und auch die Besetzung von unseren Fronten unternommen hat, sind wir in Ostgalizien zum Gegenangriff übergegangen. Deutsche Korps haben die Stellungen der Russen östlich von Joczow in breiter Front durchbrochen.

Der österreichisch-ungarische Generalstab gibt durch das Kriegsreferat darüber folgende Meldung aus: Die Angriffe der Russen beantwortend, hatten heute früh die Verbündeten in Ostgalizien die Gegenoffensive ergriffen und die russischen Linien östlich zwischen Joczow und dem obersten Sereth durchbrochen.

Die Front verläuft im nördlichen Ostgalizien in einem Bogen, der bei Konitsch seinen Anfang nimmt und den Raum von Brody umschließt. Die russische Absicht war, durch ihre starken Angriffe von Brzyslaw bis Konitsch diesen Bogen abzugreifen und dadurch die Straßen auf Lemburg zu öffnen. Die Absicht wurde durch den deutschen Widerstand in den ersten Julitagen vereitelt. Zur Erneuerung ihrer Massenangriffe an jener wichtigen Stelle hat seitdem die russische Armee nicht ausgereicht.

Nun sind die Deutschen zum Gegenangriff weiter nördlich übergegangen, um sich von dem schweren und nicht gefahrlos taktischen Trud im Raume von Brzyslaw zu befreien. Der Angriff ist geglückt. Die russischen Linien zwischen Joczow und dem oberen Sereth sind nach der einen Meldung geworden, nach der zweiten durchbrochen, nach der dritten durchfallen worden.

Tragenwunde eingehende Wertung läßt sich auf diese Angaben noch nicht gründen. Man muß nähere Nachrichten abwarten. Erst nach ihrem Eingang läßt sich beurteilen, ob die Russen nur zurückgedrängt oder ob ihre Linien ähnlich, wie bei Gorlice-Tarnow im Mai 1915 völlig durchstoßen und durchbrochen worden sind. Es ist außerdem zu bedenken, daß ein solcher Durchbruch, wenn er vollständig werden soll, nicht das Werk einiger Stunden, sondern bei einem Gegner, der vollen Widerstand leistet, mehrere Tage sein muß.

Es ist daher leicht möglich, daß auch der Tagesbericht vom Freitag nachmittag über das Ergebnis nicht völlig Klarheit bringen kann. Noch viel wichtiger darüber, ob dadurch strategische Möglichkeiten großen Stiles geschaffen worden sind oder noch geschaffen werden können, Unklarheit liegen solche Möglichkeiten gerade an jener Stelle vor.

21 000 Tonnen versenkt.

Der deutsche Admiralstab teilt amtlich an dem 19. dieses Monats mit: Neue U-Boots-Erfolge in der Biscaya und im Atlantischen Ozean: 21 000 Brestregister-tonnen. Unter den versenkten Schiffen brannten sich ein unbekannter Bewaffneter beladener Dampfer von mindestens 4500

Protoregister-tonnen von Fischdampfern gesichert, ein beladener Dampfer, der aus einem Geleitzug herausgegriffen wurde. Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe bestanden, soweit sie festgelegt werden konnten, aus Stückerzeugnissen, Kohlen und Tonerde.

Der Seerrieg.

Beschlagnahme der norwegischen Schiffen neubauten in Amerika. Die „Morgenbladet“ meldet, hat der norwegische Kreuzerband von nachgehabter amerikanischer Seite die Mitteilung erhalten, daß alle für die norwegische Flotte aus amerikanischen Werften bestellten Schiffen neubauten insolge Weisung des Präsidenten Wilson von der amerikanischen Regierung beschlagnahmt werden sollen. Hierbei handle es sich um etwa 370 000 Tonnen Schiffraum im Werte von ungefähr 20 Millionen Kronen. Für Norwegen sei die Frage wichtig, ob der Marktpreis oder der Vertragspreis erstatet werden würde.

Beitlt euch!

Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat läßt einen Leitartikel seiner „Jawolski“ (Nachrichten), betitelt „Partei-genossen, beitlet euch!“ nach Stöckholm drucken, in dem es heißt: „Auf einer Jahne bei der Demonstration des 1. Juli sich man dieses Bild: der russische Proletariat reicht seine Hand dem deutschen Proletariat und darunter die Unterschrift: Genossen, beitlet euch!“

Jawolski, das ist die wirkliche Lösung des Augenblicks; nicht nur den deutschen, sondern gleichzeitig dem französischen und englischen Proletariat reicht die russische Revolution die Bruderhand und ruft ihnen laut zu: „Genossen, beitlet euch!“ Beitlet euch, solange die russische Revolution stark und mächtig ist, solange sie noch des Mangels an Geld, an Waren und solange sie des Hungers Herr bleibt und noch imstande ist, die Interessen der Revolution an der Front zu verteidigen. Beitlet euch, sonst wird es zu spät sein! Die russische Revolution wird sonst gescheitert werden und mit ihr zusammen wird auch die Sache des internationalen Proletariats untergehen und auf lange Jahre hinaus wird auf der Erde die Herrschaft des imperialistischen Ungeheuers wiederhergestellt. Beitlet euch, deutsche und österreichische Genossen!

Wir wissen, daß die Arbeiterklassen Deutschlands und Österreichs, wie die Arbeiterklasse Englands, das höchste Ende des Blutvergießens wünschen, daß sie nicht den brudermörderischen Kampf zum Vorteil der imperialistischen Eliten verlängern wollen.

Eilt euch, ihr Genossen der alliierten Mächte! Ihr wißt, daß die provisorische Regierung, im völligen Einklang mit der russischen revolutionären Demokratie, sich als ihre Hauptaufgabe gestellt hat, den allgemeinen Frieden so schnell wie möglich zu erreichen, der völlig frei von irgendwelchen imperialistischen Gewalttaten ist. Ihr wißt, daß die provisorische Regierung im Namen der revolutionären Aufstände eure Regierungen eingeladen hat zu einer Konferenz, um die Bündnisverträge zu revidieren und aus ihnen alle Spuren imperialistischer Ziele zu vertilgen.

Beitlet euch, Genossen, antwortet auf den Ruf des revolutionären Aufstands, trogt dafür Sorge, daß eure Regierungen so schnell wie möglich auf die Revision der Verträge eingehen und daß diese Revision in dem Geiste gemacht wird, wie wir und ihr es wollen.

Die Soldaten, der russischen Revolution, die ihr Welt befreit, sind nicht weniger mächtig als die Revision der Verträge eingehen und daß diese Revision in dem Geiste gemacht wird, wie wir und ihr es wollen. Die Soldaten, der russischen Revolution, die ihr Welt befreit, sind nicht weniger mächtig als die Revision der Verträge eingehen und daß diese Revision in dem Geiste gemacht wird, wie wir und ihr es wollen.

Die Zeit wartet nicht. Genossen, beitlet euch! Die deutsche Demokratie hat sich bereits bereit und dafür gezeigt, daß Österreich-Englands und Deutschlands Regierungen zum Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen bereit sind. Sobald die Ententeverträge in dem Sinn abgeändert werden, daß sie alle Eroberungs- und Demütigungspläne ausschließen, ist der erste Friede da!

Die Ausnahme.

Die Engländer halten auf guten Fuß. Aus den Veröffentlichungen, die dem letzten Bode angehängt wurden, haben sie das eine gelernt, sich ergeben vorzugeben und sich, so immer sie mit ihren französischen Bundesgenossen in Verbindung treten, ein Stimmengleichnis ausstellen zu lassen. Sollten die Franzosen sich später einmal — man kann nie wissen — über die Art und Weise beschweren wollen, in der sich die Engländer in ihrem Bode ausgeführt haben, so werden ihnen diese alle die Fährungs-genossenschaft vorweisen können, die schon ganze Säle füllen müssen. Denn wie die Pariser „Vieoire“, das Blatt Herbes, erzählt, hat der englische Kruppenführer, sowie er irgendeine Ortstaktik mit seinen Leuten verläßt, von Bürgermeister und Pariser die doppelte Bescheinigung eingeholen, daß Offiziere und Mannschaften sich unerschrocken geführt hätten.

Anfangs nun, berichtet das Blatt, schien der Pariser einer kleinen Garnisonfuge einige Schritte machen zu wollen, denn er bemerkte etwas Gebrochtes von dem Bataillonskommandeur, der das wichtige Schriftstück von ihm holen kam: „Im allgemeinen haben Ihre Leute ja nicht Anlaß zu Klagen gegeben, mit einer Ausnahme, muß ich sagen, einem anständlichen Wurfen, der unsere Klagen denn doch etwas zu arg nachstellte.“

„Was das wäre?“ fragte nicht sonderlich erbaute der englische Major. Aber seine Wiener erhellte sich, als der Sitzrichter ihm den Schürzenjäger, der die englische Reputation in Frage stellte, genauer beschrieb.

„Ach, der“, rief er erleichtert aus. „Da würde ich mich nicht. Das ist nämlich der einzige, dem Bataillon begebenen Françoise, unser Dolmetscher. Dem liegt das Pöpselchen im Blute, glaube ich.“

Die neuen Höchstpreise für Getreide.

Die Höchstpreise für Getreide der neuen Ernte sind vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts festgesetzt worden. Sie betragen für die Tonne inländischen Roggens 265 Mark in Breslau, Bromberg, Danzig, Glogau, Königsberg und Posen, 270 Mark in Berlin, Potsdam, Leipzig, Magdeburg, Weimar, Kassel, Emden, Erfurt, Gumburg, Hannover, Kiel und Jmdau, 280 Mark in Aachen, Köln, Dortmund, Duisburg, Frankfurt am Main, Mannheim, München, Saarbrücken, Straßburg und Stuttgart. Eigenes Getreide 20 Mark mehr, ebenso Speis sowie Futter und Einlöten. Wasser und Getreide ohne 270 Mark, ungehäckeltes Getreide 800, gehäckeltes Getreide und Weizen 970 Mark. Diese Höchstpreise gelten auch für Hafer, Gerste, Buchweizen und Getreidefrüchte. Ferner: Den anerkannten Sojagewerkschaften dürfen 80 bis 120 Mark zugebilligt werden. Es werden Saatgutarten für Landwirte und solche für Händler ausgesetzt. Sie bestehen je aus drei Wässhichten, einem für den Pflanzler, einem für den Sommererbsen und einem dritten für den Verband, dem es ausgeführt werden soll.

Die neuen Höchstpreise bedeuten eine nicht unwesentliche Erhöhung der bisherigen Preisätze. Zum Ausgleich werden bekanntlich die Vieh- und Fleischpreise herabgesetzt. Der bisherige Höchstpreis für Weizen betrug in Magdeburg 280 und für Roggen 220 Mark.

Die deutschen Juden.

Ein wichtiger Punkt der Neuordnung muß in Deutschland und besonders in Preußen die endgültige Ausmerzung der antisemitischen Tendenzen in der Verwaltung und im Heere werden. Es gibt beinahe wieder in Deutschland noch in Österreich-Ungarn Gesetze, durch welche die Juden gegenüber den Christen irgendwie erstreift werden. Aber der konservativebureaucratische Stempel hat sie bisher dem Offizierskorps und gewissen Beamtenstellungen aus geschlossen, und obwohl diese Nazis durch den Krieg gelegentlich ein wenig gemildert wurde, muß man doch heute noch den Antisemitismus als einen charakteristischen Zug der Bureaucratie und des preussischen Militarismus ansehen, die den jüdischen Glauben aber die jüdische Rasse — wahrscheinlich beides — als ihrer unwürdig erachtet. Solange der Pogrom-Jar in Rußland herrscht, konnte das als verhältnismäßiger Schattenfleck hingehen; jetzt bei der Neubegründung der deutschen Freiheit muß es aufhören.

Dazu drängen vor allem auch Rückichten der äußeren Politik. Frankreich und England, die mit dem Geiste der antilich befohlenen Judenindiskretionen verbunden waren, haben natürlich nicht die mindeste moralische Verantwortung, auch nur ein Wort über die Stellung der Juden in Deutschland zu reden. Uebrigens ist in Frankreich (dem Lande der Dreyfus-Affäre und der Action française), in England (Reeds) und nicht zumindes in Amerika in gewissem Volksmaßstabe der Antisemitismus nicht weniger entwickelt als in Deutschland und Österreich-Ungarn. Allerdings muß hervorgehoben werden, daß in diesen Ländern die Regierungen den Antisemitismus eher bekämpften, als daß sie ihn aktiv oder passiv unterstützten wie bei uns. Aber die moralische Verantwortung spielt heutzutage beinahe eine sehr nebensächliche Rolle und der Fehlbund und sein neuer transoceanischer Verbündeter sind eben tafkräftig damit beschäftigt, die Juden der ganzen Welt, namentlich die russischen Juden, die dahingegehiebene wie die ausgewanderten, für ihre Sache mobil zu machen, um ihnen bis zur russischen Revolution naturgemäß unmöglich war.

Die Bedeutung dieses Berufs soll man nicht unterschätzen. Die Juden bildeten bisher sowohl in Rußland wie in Amerika ein sehr wichtiges und einflussreiches Element. Unter dem Vorwand, die Schaffung eines jüdischen Staat in Palästina durch die militärische Eroberung des Landes auszuführen, gelang es gegenwärtig den Engländern und ihren Bundesgenossen, seltige Antipathien in wertvolle Sympathien zu verwandeln. Noch ist die Wandlung nicht vollzogen, noch haben die Juden Frankreichs und Amerikas nicht ganz vergessen, daß die Befreiung des Judentums aus dem jarristischen Joch vor allem Deutschland, den deutschen Sieg verbannt, was bald wird infolge der englischen Propaganda des Verbandes dieser als der Beschüder der jüdischen Interessen auftreten könnten, während die Zentralmächte als der letzte Ort des Antisemitismus erscheinen werden.

Staatssekretär Bausing hat die Führer der jüdischen Bewegung in Amerika zu Vorstellungen eingeladen besorgte die Einrichtung eines Judenstaats ist gewiss Englands letzte Sorge. Es handelt sich für das britische Reich vor allem darum, das türkische Reich zu gerstücken und den Randweg nach Indien sicherzustellen. Um übrigen dürfen wohl jene zu erwerbenden Gebiete wie so viele andre Bärenhelle schon längst an Italien verpfändet sein.

Aber die erhoffte Begeisterung der russischen Juden über das könnte dazu dienen, Friedenskräfte, die Buchanan und Wilsons Arbeit hemmen, zu belästigen und wenn möglich als Kriegskräfte nutzbar zu machen. Und wenn der Plan so auch nur den Erfolg hätte, die Vertreter der jüdischen Sozialdemokraten Amerikas, Anglands, Rumäniens, Bolens und Galiziens bei der Stockholmer Konferenz zur einer Stellungnahme gegen die Zentralmächte und die Türkei zu bewegen, so wäre damit für Lloyd George und Bausing viel erreicht.

Den Augenblick, wo das deutsche Volk eine entscheidende Wahlankragung unternimmt zugunsten eines demokratischen Deutschlands und zugunsten eines demokratischen Friedens — zweier Fragen und Ziele, die sich als miteinander verbunden erweisen haben —, diesen Augenblick dürfen nicht vorübergehen lassen, ohne die jüdische Frage als zentrale und als internationale Angelegenheit gründlich zu erörtern. Es darf nicht sein, daß Deutschland der letzte Staat ist, in welchem der Antisemitismus noch nicht beendet ist. Es darf auch nicht sein, daß es bei Friedensschluß an der gerechten Lösung des jüdischen Problems, einer Gewissensfrage der zivilisierten Welt, unbeteiligt bleibt.

Kriegsgefangenen-Post.

Wie die schweizerische Oberpostdirektion mitteilt, wurden im Monat Juni 1917 von der schweizerischen Postverwaltung für Kriegsgefangene in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Italien usw. täglich durchschnittlich 892 709 Briefe und Karten, 17 700 unempfangene Briefchen bis 11 Kilogramm und 64 371 eingeschriebene Briefe bis 4 Kilogramm in Empfang genommen und umgelegt sowie 7423 Retennungen im Betrag von 119 568 Franc umgeschickt worden.

Im ganzen wurden seit dem Monat September 1914 bis Ende Juni 1917 an Kriegsgefangenenleistungen in den Postbüros von Basel-Trarant und Bern-Trarant 285 592 835 Briefpostgegenstände, sodann von den Postbüros Gen-Trarant, Basel-Sahlrohrtrarant, Olbia-Trarant und Domodossola, Schweizertrarant 54 600 084 Pakete empfangen und weitergeleitet. Von der Schweiz wurden überdies an französische, belgische, britische, russische und serbische Kriegsgefangene in Deutschland und italienische Kriegsgefangene in Österreich 4 716 790 Briefwendungen im Betrage von 8 997 698 Kilogramm abgefertigt, wobei die umfangreichen, ohne Mitwirkung der Post, bernittelt der Post bedienten Briefsendungen, nicht mitgezählt sind. An Postanweisungen für Kriegsgefangene wurden von der Oberpostkontrolle und dem Wandleramttrarant Basel im ganzen 741 081 Stück im Betrag von 105 355 189 Franc empfangen, umgerechnet und weitergeleitet.

Deutscher Reichstag.

117. Sitzung.

Berlin, 20. Juli, vormittags 11 Uhr.

Am Bundeskanzler: Der Reichsfanzler, Dr. Helfferich, Zimmermann, Wiso, Betsch.

kurze Anfragen.

Abg. Lebebour (Innab. Sop.) und Abg. Kunze (Sop.) fragen, wo der Reichsfanzler gegenüber dem Oberkommando in den Worten zu tun gedenkt, das dem Deutschen Metallarbeiterverband, Christiane Berlin, die Abhaltung von Generalversammlungen wiederholt verboten hat. Oberst von Heiberg: Nach den angelegten Ermittlungen ist ein Verbot der Generalversammlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Christiane Berlin, durch das Oberkommando in den Worten nicht ergriffen. Abg. Lebebour (zur Ergänzung): Ist dem Reichsfanzler bekannt, daß die Behandlung von einem Bevollmächtigten des Verbandes in einer Bevollmächtigung vor einer großen Anzahl von Zeugen aufgestellt worden ist? Oberst von Heiberg: Ich habe nichts hinzuzufügen.

Abg. Lebebour (zur Ergänzung): Ist das Verbot etwa im Auftrag des Polizeipräsidenten erlassen? Präsident Dr. Kaempf: Das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.

Abg. Wittmann (Innab. Sop.) fragt wegen des Verbots der Vereinerung von Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokraten zur Erhaltung der Friedensordnung.

Ministerdirektor Dr. Loebel: Der Reichsfanzler hat erst durch die Anfrage Kenntnis davon erlangt und wird wegen der Aufhebung des Verbots mit dem betreffenden militärischen Befehlshaber in Verbindung treten.

Abg. Dr. Dersfeld (Innab. Sop.) fragt, was der Reichsfanzler angesichts des Verfalls des Kammergerichts zu tun gedenkt, durch welchen ein Ministerialkammergericht seiner politischen Stellung in Thüringen beraubt worden ist.

Direktor im Reichsjustizamt: Verfall: Der Verfall über die württembergische Intervention des Reichsfanzler in Thüringen hat sich erst durch die Anfrage bekannt gemacht und wird wegen der Aufhebung des Verbots mit dem betreffenden militärischen Befehlshaber in Verbindung treten.

Abg. Kunze (Innab. Sop.) fragt wegen der Verengung von Staatsrenten und des Verfalls der für staatenlos erklärten wurden, zum deutschen Staatsrentenamt.

Oberst von Heiberg: Staatsrenten, die sich in Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Staatsrentenamt herangezogen werden. Bei den Staatsrenten handelt es sich um geborene Deutsche, die auswandern wollen und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andre zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückkehrten waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten. Solche Leute sind vielfach auch als Ausländer gemeint. Deshalb ist im Oktober 1915 angeordnet worden, die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der als Ausländer gemeinten Personen allgemein nachzuprüfen, und im März 1917 ist eine nachträgliche Nachprüfung angeordnet worden.

Die Sorgfältigkeit der Prüfung ist durch die Aktivierung der Zivilbehörden gemäßigt worden. Was die Staatsrenten betrifft, so können eingetragene Einzahlungen zu denen, ist zurzeit noch nicht möglich, da die zuständigen Behörden geistert werden müssen. Das Ergebnis wird Herrn Kunze mitgeteilt werden. (Abg. Kunze: Raum?) Jenefalls in einigen Tagen.

Abg. Vogler (Innab. Sop.) fragt wegen einer laienlichen Verfügung, nach der alle Kammergerichte der Provinz, die eine seltene Genugung in politischer Hinsicht an den Tag legen, in eine Rechtserteilung eingeleitet werden sollen.

Ministerialdirektor Dr. Loebel: Eine derartige Verfügung ist nicht erlassen.

Abg. Dr. Müller (Meinungen) fragt, ob bei der Neubearbeitung der Vorbereitung der Jugend für den Dienst bei den großen Organisationen, die sich bisher mit dieser Frage beschäftigt haben, z. B. die Deutsche Turnerhilfe, auch ein Gehör und zur Mitwirkung herangezogen werden sollen.

Oberst von Heiberg: Das Kriegsministerium ist bisher schon immer befasst gewesen. Auch in dem mit dieser Organisation zu arbeiten, und wird sie auch weiter zur Mitwirkung heranziehen.

Abg. Wittmann (Innab. Sop.) fragt, was der Reichsfanzler gegenüber dem Oberkommando in den Worten zu tun gedenkt, das dem Groß-Berliner Parteiquartier der Unabhängigen Sozialdemokraten die Abhaltung von Versammlungen verboten hat, und ebenso gegenüber ähnlichen Verböten in Breslau und Spremberg.

Oberst von Heiberg: Das Verbot der Groß-Berliner Beschlüsse ist durch die zuständigen Polizeibehörde erfolgt. Es steht dagegen die weitere Beschlüsse an den Oberbesehlsührer zu. Ueber die Vorgänge in Breslau und Spremberg sind bei der Frage der Zeit die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Abg. Gens (Innab. Sop.) befragt sich über die Eingebung von Bezirksausschüssen der gemeinschaftlich organisierten Arbeiter aus Anlaß des Kriegsgefangenen-Post.

Oberst von Heiberg: Ueber die Wiedererziehung reorganisierter Kammern der Arbeiterchaft ist bereits im April verfügt worden, daß diejenigen, die mit der Lebensmittelverteilung zu tun haben, oder in der Arbeiterchaften liegen, in der Verantwortlichkeit werden sollen, daß eine solche Möglichkeit besteht wird. Das muß jedoch wegen der Wichtigkeit der Sache eingehend geprüft werden, da die einzelnen Wiedererziehungen prüfen, damit Mißgriffe vermieden werden.

Abg. Dr. Stresemann (nall.) fragt, was der Reichsfanzler gegenüber dem Reichspräsidenten zu tun gedenkt, bei welchem dem Reichspräsidenten die niederländischen Gesandten nachkommen und demittet sind.

Gescheitete Kräfte: Die deutsche Regierung hat sofort nach Eingang der amtlichen Mitteilung der niederländischen Regierung eine Unterredung durch den Kommissar in Rotterdam angesetzt: diese ist bereits abgeschlossen, die Äußerungen werden heute oder morgen erfolgt. Hoffentlich hat die deutsche Regierung den niederländischen mitgeteilt, daß wir nicht daran zweifeln, die niederländische Regierung werde von England eine hinlängliche Unterstützung verlangen, die sofortige Rückgabe der in den niederländischen Gewässern geraubten Schiffe sowie vollen Ersatz für die verlustenen Schiffe und ihre Besatzung und volle Entschädigung für die Familien der getöteten Seeleute. Schon vor dieser Mitteilung hat die niederländische Regierung der englischen das Betreiben über den Verlust ausgesprochen zugleich mit der Erwartung vollster Genugthuung. Auf unsere Mitteilung daß sie uns versagt, sie werde alles tun, um einer Wiederholung solcher Vorgänge vorzubeugen, und ferner hat sie genehmigt, sie sei sich entschlossen, die von uns verlangte Genugthuung durchzusetzen. Wir sind überzeugt, daß die niederländische Regierung sich mit größter Aufrichtigkeit die Säuberung der ihrem Lande angetanen Schmutz einzeln wird.

Abg. Wittmann (Innab. Sop.) führt Anfrage über die Entschädigung seines Danziger Parteigenossen Hof, dem die Militärbehörde jegliche politische Betätigung verboten habe.

Oberst v. Heiberg: Zur Beantwortung der Frage sind noch nähere Ermittlungen nötig. Die Antwort wird schriftlich erteilt werden.

Abg. Vogler (Innab. Sop.) befragt sich über einen Antrag des Reichspräsidenten, wonach die Bürger die Bevölkerung dahin anrufen sollen, daß die zur Vorbereitung nicht gebrauchten Gegenstände unerlaubt seien und daß das Bier nicht nur ein Genussmittel, sondern auch ein Nahrungsmittel sei.

Ministerialdirektor Dr. Loebel: Die Anfrage ist gestern beantwortet worden. Es ist daher abgeschlossen, bis heute vormittags die erforderlichen Ermittlungen abgeschlossen. Ich bitte, in den nächsten Tagen die Ermittlungen nicht zu finden, dem Reichspräsidenten die erforderliche Zeit zu lassen.

Präsident Dr. Kaempf: Die Anfragen geben jetzt in ungehöriger Menge ein, und es ist unmöglich, sie zum Mittwochabend bis Freitag mittag rechtzeitig zu erledigen. Ich glaube daher, im Sinne des Reichstags zu handeln, wenn ich festsetze, daß die Anfragen bis zum Dienstag resp. Freitag um 11 Uhr mittags eingereicht sein müssen, wenn sie an dem darauffolgenden Antragstag zur Beantwortung kommen sollen.

Es folgt die dritte Beratung der Vorlage der Kriegsereidte.

(Der Reichsfanzler erhebt ein Gesuch.) Die Kriegsereidte werden ohne Debatte gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten bewilligt.

Abg. Gens (Sop.) beantragt, die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Wiederherstellung der deutschen Handelsverhältnisse abzubrechen und den Entwurf an die Kommission zurückzugeben, da noch neue Anträge in Vorbereitung sind.

Abg. Dr. Stresemann (nall.) und Abg. Schiele (nall.) bitten um sofortige Berücksichtigung der württembergischen Vorlage.

Abg. Gens (Innab. Sop.), Abg. Dr. Kunze (Sop.), Abg. Dr. Gersch (Sop.) bitten um Berücksichtigung der Vorlage über den Handel und Gewerbe zurückzugeben.

Auf Antrag des Abg. Dr. Kunze (Sop.) wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Kriegsereidte bis zum Montag vertagt.

Präsident Dr. Kaempf: Wir sind damit am Schluß unserer Tagesordnung. Ein kurzer, aber bedeutungsvoller Logungsabschnitt liegt hinter uns. Zur Vertimmung keine Rede davon, das heutige Berlin und die Volkserziehung der gemäßigten Welt in der Rückschlüsse, bereit, ihr Alles einzusetzen in den Kämpfen auf der Schlachtfeldern, in der Heimat, für Leben, Glück und Zukunft des Vaterlandes. Während unter Kaiser und seine Verbündeten am 12. Dezember 1916 den Feinden höherer die Aufrechterhaltung entgegengetreten hatte, bestrahlt jetzt die Volkserziehung ihren Blicken zu einem Frieden, der uns den National- Unabhängigkeit, Freiheit und ungehinderte wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet. Wir einer an Einmütigkeit grenzen Arbeit sind vom Reichstag die Kriegsereidte im Betrag von 15 Milliarden Mark genehmigt worden. Wenn diesem Beschluß Beratungen mit ähnlichen Gegenständen voranzugucken sind, so werden diese Angelegenheiten auf der verbleibenden Sitzung der Reichstag nicht auf länger als 2 bis 3 Stunden, der unter Grund der Gegenstände ist, wie wir gesehen haben, die Vaterlandsliebe aller, (Braus) Dies Bemerkung ist für das In- und Ausland darum so wichtig, weil sich daraus der unerwartetste Entschluß aller ergibt, das Vaterland und unsre Zukunft mit der Schärfe des Schwertes bis zu dem Augenblicke, um uns zu verteidigen, und zu einem gewissen, unter Nebeninteressen stehenden Frieden bereit ist. Wäre die Einmütigkeit der Nation das Wahrgeschehene sein, unter dem wir diesem glücklichen, von uns allen erlittenen Ziele zuteuern. Gott schenke Kaiser, Volk und Vaterland. (Leb. Weis.)

Die Klänge Jenes vor, das wir uns mit für längere Zeit betragen. Es geschieht das auch in Einmütigkeit mit der Klänge vor, daß wir die nächste Sitzung halten an Mittwoch dem 26. September, nachmittags 3 Uhr, und bitten, mich zu ermächtigen, die Tagesordnung selbst festzusetzen und einst den Reichstag auch früher einberufen, falls besondere Verhältnisse das notwendig machen.

Abg. Lebebour (Innab. Sop.): Wir können uns mit diesem Vorhaben des Reichspräsidenten nicht einverstanden erklären. In Bezug auf Deutschland und die ganze Welt kritischen Zeit dürfte sich bei der sofortigen Bejahung der dritten Lesung der Kriegsereidte widersprechen in der Erwartung, daß der Reichsfanzler die Gelegenheit nehmen würde, bei der dritten Lesung das, was er offenbar geteilt für eine programmatische Erklärung gehalten hat, gegenüber der daran gemachten Kritik zu ergänzen. Um einem großen Mißverständnis bei der Verfassungskonferenz das heute nicht getan. (Weiterer Gegenstand.) Aber (nach rechts) Erwartungen für ja nicht erfüllt worden durch die Ausführungen des Reichsfanzlers und die Methode, mit der er in sein Amt gekommen ist. Während der zweimonatigen Vertagung werden sicher mit den namentlichen Kamerallmethoden die weitem Mitteilungen entgegen dem Willen der Reichspräsidenten, wenn es der Regierung beliebt, um Jugendlichen und reifen Alter (Weiterer Gegenstand) Er hat schon es aber für notwendig, daß der Reichstag die Rechte, um denen er nun nachdenklich herangezogen hat, gegenüber dieser unerantwortlichen Mitregierung (Weiterer, b. d. Innab. Sop.) nach dem und darauf besteht, noch im Laufe der nächsten Woche Gelegenheit zu erhalten, Einspruch auszusprechen auf die Beurteilung der Ministerellen, wenn es der Regierung beliebt, um ein gemeinsames Zusammenwirken mit dem Reichstag herbeizuführen.

Präsident Dr. Kaempf: Sie dürfen der Regierung nicht vorwerfen, daß sie ihre Worte nicht erfüllt. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Der Vorsitzende des Reichspräsidenten wird hierauf gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten angesprochen. Der Reichspräsident entläßt die Mitglieder des Reichspräsidenten in öffentlichem glücklichen Schluß und gebietet Wiedersehen in öffentlichem glücklichen Schluß.

Schluß 21 Uhr.

Notizen.

Ein Friedensvorschlag des Papstes? Die „Kirchliche Post“ meldet aus Rom: In vatikanischen Kreisen wird berichtet, der Papst werde am Jahresfest des europäischen Kriegsendes eine neue Note mit einem nachmaligen Friedensvorschlag veröffentlichen.

Einladung nach Paris. Der geschäftsführende Ausschuss der französischen sozialistischen Partei lud die in London weilenden Vertreter des Völkerverbundes Arbeiter- und Soldatenrats sowie Abgeordnete der sozialistischen Verbände Großbritannien und des holländisch-flämisch-niederländischen Ausschusses ein, so bald als möglich nach Paris zu kommen zum Zwecke der internationalen sozialistischen Konferenz.

Vertrauen für die englische Regierung. In der Mittwoch-Sitzung des englischen Unterhauses hielt der Minister des Äußeren Balfour namens der Regierung die Vertrauensfrage. Bei der Abstimmung ergaben sich 170 Stimmen für und 81 Stimmen gegen die Regierung. Mehr als die Hälfte der Parlamentmitglieder hat sich der Vertrauensfrage angeschlossen. Den Antrag auf die Verabschiedung der Regierung gab die Debatte über die in Mesopotamien begangenen Fehler und die Weigerung der Regierung, die in dem Bericht über Mesopotamien bloßgestellten Verbrechen vor die ordentlichen Gerichte zu bringen.

Holland verlangt Genugtuung. Der holländische Minister des Auswärtigen gibt bekannt, daß die niederländische Regierung der britischen Regierung von dem Aussetzen britischer Kriegsschiffe gegen deutsche Handelschiffe, die sich in den niederländischen Hoheitsgewässern befinden, Mitteilung gemacht und ihren Beschwerden bekräftigt hat, die Regierung auf den Ernst des Vorfalles bei dem eine unzulässige Verletzung der niederländischen Souveränität und Neutralität stattgefunden hat, aufmerksam zu machen. Der Gesandte ist außerdem beauftragt worden, die Öffnung anzusprechen, daß die britische Regierung für das Geschehene gemäß dem Völkerrecht vollständig Genugtuung gewähren wird. Der niederländische Minister für

Auswärtige Angelegenheiten sprach ferner dem deutschen Gesandten im Haag das tiefe Bedauern der niederländischen Regierung über den englischen Angriff auf die deutschen Schiffe an der holländischen Küste aus.

Der Erfolg in Ostgalizien.

B. T. S. Großes Hauptquartier, 20. Juli 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern erreichte das regimenter Formittag, der vorübergehend ein Nachlassen der Kampfintensität zur Folge hatte, die Artillerieflucht von mittags an wieder überhöhte Festigkeit.

Heimliche Vorhänge bei Lombarzöhe und östlich von Messines scheiterten.

An der Ardennenfront lebhafteste Feuerintensität zwischen La-Salle-Kanal und Lens, besonders südlich von Roos.

Bei Gavrelle nachts vorstehende englische Bataillone wurden zurückgeworfen.

Auch bei Woudrygraben nach heftiger Feuerweche die Engländer erneut auf, ohne weitere Erfolge zu erzielen.

Südwestlich von St. Quentin erlitten die Franzosen bei dreimaligem, vergeblichem Angriff gegen die von uns gewonnenen Gräben blutige Verluste.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordwestlich von Craonne nahmen mächtige und Gwärtzberühmte nach kurzer starker Feuerwirkung Teile der französischen Stellung auf dem Winterberg. Der Feind leistete erbitterten Widerstand und hatte schwere Verluste. Ueber 375 Mann sind gefangen, zahlreiche Grabenwaffen als Beute eingebracht worden. Erst abends keuten Gegenangriffe der Franzosen ein; sie führten zu schweren nördlichen Kämpfen, bei denen einige der von uns gewonnenen Gräben wieder aufgegeben wurden.

Bei den andern Fronten, auch der Heeresgruppe Detrag Albrecht außer einigen für uns günstig verlaufenen Vorstoßversuchen keine besonderen Ereignisse.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generaloberstfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Am 1. Juli hatte die russische Regierung in Ostgalizien einen Teil des russischen Heeres zur Offensive geführt, die nach heftigen Anfangserfolgen infolge unglücklicher Stellungnahme im Westen kam. Der russische Soldat, dessen Wunsch nach Frieden an fast allen Stellen unserer Front in unüberwindlichen Ausmaß fand, war wieder umlauft für die Entente gepuffert worden.

In Erweiterung des Angriffs der Russen haben unsere Truppen gestern einen Gegenangriff begonnen.

Unter persönlicher Leitung des prinzipalen Oberbefehlshabers brachen deutsche Artilleriegeschütze und mitwirkende Feuerwerke durch deutsche und österreichisch-ungarische Trillerte Artillerie die russischen Stellungen zwischen Serch und Josts Kpa vor und stießen über drei starke Verteidigungsstellungen durch.

Der Feind hatte schwere blutige Verluste und wich in Auflassung zurück. Bis zum Nachmittag waren einige Tausende Gefangene gemacht.

Bei Koforobak, Zimaburg und Smoragun fanden längs des Stach und von der Josts Kpa bis südlich nach Dnjepr nahm die Feuerintensität teilweise erheblich zu. Große Vorhänge und gewaltsame Entzündungen führten mehrfach zu schweren Teilerfolgen.

Bei Amica an der Donica sind neue starke russische Angriffe erfolgt, die blutig waren.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph. In den Karbepathen stürmte russischer Feuer aus in letzter Zeit. Auch in den Bergen östlich des Beckens von Kozubowatz hat sich die Gefechtsintensität gesteigert.

Bei der Heeresgruppe des Generaloberstfeldmarschalls von Mackensen und an der magedonischen Front nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Selbst den Hallischen Kriegshinterbliebenen!

Durch Gemeindevorstand vom 31. Januar 1917 haben die städtischen Körperschaften unabhängig von der Nationalität für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen eine Deputation für städtische Kriegshinterbliebenenfürsorge eingesetzt, welcher die Aufgabe obliegt, die Hinterbliebenen von Hallischen Kriegern, die seit der Mobilisierung vom 2. August 1914 gefallen oder infolge Verwundung oder Invaliditätsbeschädigung gestorben sind, durch lokale Maßnahmen (Schuldbeiträge und der Nationalität die Hinterbliebenen, Berufsberatung und Ausbildung, Kinder-Erziehung, Auszubildeten, Beförderung von Renten- und andern Anträgen) sowie durch Geldbeiträgen zu unterstützen.

Die Zahl der Bedürftigen und die Not in den Eingefallen ist so groß und wächst mit jedem Tage der Kriegsdauer, daß außerordentlich viele Mittel dauernd aufgebracht werden müssen, um das ererbte Ziel, in Ergänzung der Fürsorge des Reiches, des Staates, der Stadtgemeinden und der Nationalität die Hinterbliebenen möglichst in ihrer bisherigen Lebensstellung zu erhalten, zu erreichen.

Witwener! Folgt dem elden Beispiel mehrerer hochbegabter wohlhabender Bürger und Firmen unter Stadt, welche in ganz kurzer Zeit durch ihre Spenden um einen Grundbesitz von 500 000 Mark von dem aber nur die Hälfte der Mittel bereit werden können, ausgesetzt haben. Seit einer Zeit ist schon in diesem Kreise beträchtliche Dankbarkeit aus gegen die Hallischen Krieger, welche ihr Leben für uns Sicherheit lassen mußten, verdienten Ausdruck, indem sie jeder nach seinen Kräften, entweder einmalig oder besser noch dauernd der städtischen Kriegshinterbliebenen-Fürsorge zur Geldspende zweifelt! Geben die Zusammenkünfte in Berlin, wie im Kreise der Familie und Freunde häufig mit der Zeit der Kriegshinterbliebenen Halle! Geben sie ihr ein jeder aus seinem Gehaltsbezug, aus Gehaltsbezug, bei Geburten von Kindern, kurz in Freund und Leid durch eine Geldspende!

In der Stadtkasse, der städtischen Sparkasse und ihren Zweigstellen, den hiesigen Banken und den Exp. ditionen der hiesigen Tageszeitungen liegen Sammelstellen aus.

Alle diese Stellen nehmen jede Gabe entgegen, auch können Geldspenden durch Überweisung auf das Reichsbank-Girokonto der Stadtkasse und nach Absprache auf ihr Postfach-Konto Nr. 12098 Leipzig ebenfalls überreicht werden.

Halle, den 14. Juli 1917. Der Magistrat.

Bekanntmachung über den Verkauf der beklagten Güter, Möbel, Böttische und ähnlichen Gebilde.

Der Verkauf der nach § 2 der Reichsflaggenbekanntmachung vom 28. Juni 1917 über die Beklagungnahme von Ähren (Reichsgeblat Seite 577) beklagten Güter, Möbel, Böttische und ähnlichen Gebilde erfolgt ausschließlich durch Personen, welche im Besitz von den Namen laudenden, mit der Unterschrift des Reichskommissars für Flaggenbeklagung versehenen Ausweisarten sind.

Die Unterbeamten der Reichshändler bedürfen überdies eines von dem bevollmächtigten Flagghändler mit Firmenstempel und Unterschrift versehenen, von der Regierung Deutscher Flagghändler G. m. b. H. in Berlin gegengezeichneten Berechtigungsausweises.

Die Formblätter für die Ausweisarten und Berechtigungsausweise werden vom Reichskommissar für Flaggenbeklagung bestimmt.

Die Verkäufer haben bei ihrer Tätigkeit ihre Ausweisarten und bzw. Berechtigungsausweise bei sich zu führen und auf Verlangen der Beklagung und der Vertreter von Ähren, Möbeln, Böttischen und ähnlichen Gebilden vorzuzeigen. Die Namen der Ausweisarten versehenen Verkäufer werden in den Amtsblättern öffentlich bekanntgemacht. Bei Entziehung der Ausweisarten, die der Reichskommissar für Flaggenbeklagung jederzeit verfügen kann, wird in gleicher Weise verfahren.

Personen, die mit Ausweisarten und bzw. Berechtigungsausweisen nicht versehen sind und solche nicht bei sich führen, sind zum Verkauf von beklagten Ähren, Möbeln, Böttischen und ähnlichen Gebilden nicht berechtigt. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 8 der Reichsflaggenbekanntmachung über die Einziehung einer Reichsflagge für Flaggenbeklagung (Reichsgeblat) vom 28. Juni 1917 (Reichsgeblat Seite 577) die Gefängnis bis zu drei Jahren und ein Geldstrafe bis zu gehobener Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Ähren erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob die Ähren gehört oder nicht.

Berlin, den 9. Juli 1917. Der Reichskommissar für Flaggenbeklagung. Geheimrat Rat Dr. Bentler.

Sämtliche Kohlenhändler, Kohlenwerke und Kohlenbezugsvereinigungen des Saalekreises Halle haben bis zum 1. August d. J. an die Ortsoberste, Marktplatz 22, schriftlich zu melden:

- a) die Zahl der seit Anfang Mai d. J. angenommenen Bezugsscheine;
b) die Zahl der auf Grund solcher Bezugsscheine voll belieferten Haushaltungen;
c) die Zahl der nur mit einem Teile der zugewiesenen Kohlenmenge belieferten Haushaltungen.

Die Meldung ist nach dem Stande vom 30. Juli d. J. zu erstaten. Für unterlassene oder falsche Meldungen ist Strafe zu erwarten. Halle, den 20. Juli 1917. Die Ortsoberste.

Auf Grund des § 6 Ziffer 1 der Verordnung des Bundesrats über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Beförderung von 25. Sept. 4. November 1915 (Reichsgeblat Seite 607 und 728) wird folgendes angeordnet:

§ 1. Alle Unternehmer und Leiter von Betrieben in Halle, in denen Milch erzeugt wird, ferner alle Personen, welche Milch im Handel oder gemeinnützig abgeben, werden hiermit aufgefordert, bis Donnerstag den 26. Juli anzugeben, wieviel Milch sie an den einzelnen Tagen von 15. bis 21. Juli an Abnehmer abgegeben haben, ferner wieviel Milch sie an diesen Tagen bezogen haben und von wem. Für die Anmeldungen werden im Stadt-Ergebnisamt (Marktplatz 22, Zimmer 35) Formulare ausgegeben.

§ 2. Die Milchbesitzer in Halle haben zugleich mit der Anmeldung gemäß § 10 der Verordnung des Magistrats vom 10. November anzugeben, wieviel Kunden bei ihnen angemeldet sind, wie groß die Milchmenge ist, welche an die Kunden abgeliefert werden soll und welche Mengen tatsächlich an die Kunden geliefert worden sind. Alle diese Angaben sind getrennt für Inhaber von Vollmilchfabriken und von Gelegenheitsfabriken zu machen.

§ 3. Wer die Anmeldung unterläßt, vollständig unrichtig oder unvollständige Angaben macht, wird gemäß § 17 der oben genannten Verordnung des Bundesrats mit Gefängnis zu 6 Monaten oder an Geld bis 1500 Mark bestraft. Halle, den 19. Juli 1917. Der Magistrat.

Bad Wittekind. Früh-Konzert

Sonntag den 22. Juli, früh 6 1/2 Uhr ausgeführt vom Stadttheater-Orchester. Leit.: Kapellmstr. Nöhren. Nachmittags 3 1/2 Uhr

Kurkonzert

ausgeführt von der Kapelle des 13. Landst.-Art.-Gefschattal. (IV. 81). Leitung: Kapellmeister R. Meising. Eintrittspreise: Für das Frühkonzert 25 Pf. — für das Nachmittagskonzert 30 Pf. Zuerstarrten haben Gültigkeit.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeheimnissen, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, zum Abend den 21. Montag den 23. und Dienstag den 24. Juli 1917 bei den von ihnen gemeldeten Großhändlern in die nächster Woche zum Verkauf gelangende Kriegsmarmelade abzugeben. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später. Halle, den 20. Juli 1917. Der Magistrat.

Abzahlung Möbel. Polstermöbel, ganze Wohn-Einrichtungen, Herren- und Knaben-Kleidung, Teppiche, Kinderwagen. Zahlungsbedingungen günstig. Elchmann & Co. Gr. Ulrichstr. 51. Eingang Südstraße.

ZOO. Reicher Tierbestand Sonntag den 22. Juli nachmittags 3 1/2 Uhr Kur-Konzert vom Orchester ebenfalls 7 1/2 Uhr Großes Abendkonzert Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pf., von 7 Uhr abends an 30 Pf., Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstabzeichen 10 Pf., nachm. 30 Pf. Bei unglücklichem Wetter finden die Konzerte im Saale statt.

Alte Promenade Nr. 11a Fernruf 5736. Leipziger Straße Nr. 88 Fernruf 1224. Das geheimnisvolle Telefon. Die Angst- u. Sorgenröhre urwüchsiger Humor. Bunte Bilder a. d. Salzkammergut herrliche Natraufnahme. Der Todeskuss Drama in 3 Akten. Hauptdarsteller: Viktor Jährlein. Drei fidele Gespenster reizendes Lustspiel. Der enttäuschte Ordensjäger Humoreske.

Dienstag den 24. Juli, abends 8 Uhr Große öffentliche Versammlung im „Volkspar“, Burgstraße 27. Tagesordnung: Die Friedensverhandlungen im Reichstag. Referent: Reichstagsabgeordneter Otto Landsberg (Ragdeburg). Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vere ins Halle-Gauleis. J. A.: K. Thiele.

Salle und Saalkreis.

Salle. 21. Juli 1917.

Organisationslosgkeit der Zentralstelle für Gemüse und Obst.

Von amtlicher Stelle in Berlin geht uns folgender Besichtigungsbereich:

Die großen Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Früchtemilch und Obst und die dabei zutage tretenden Mängel haben vielfach den dringenden Wunsch laut werden lassen, die Behörden möchten eine Beschlagnahme des Obstes und Gemüses ausprechen. Die Ursachen, welche die Mängel bei der Obst- und Gemüseversorgung heraufbeschworen haben, sind in erster Linie die, daß die durch die Zurechtstellung der Gemüse- und Obstwaren die durch die Kartoffelnot übermäßig gesteigerte Nachfrage auch nicht annähernd befriedigen konnte. Infolgedessen wurde die Bevölkerung durch die Not getrieben, sich alles Gemüse und Obst, dessen sie irgendwie habhaft werden konnte, mit allen Mitteln und zu jedem Preise zu beschaffen. Haben die Behörden nun die Beschlagnahme des Früchtemilch und Obstes ausgesprochen, so hätten wir wohl dadurch keinen anderen Erfolg gehabt, wie eine Wiederholung der Tragödie, wie wir sie im vergangenen Jahre bei der Apfels- und hauptsächlich Zitrusfruchtbeschlagnahme erlebt haben. Nur daß dies diesmal ungleich katastrophaler geworden wäre, denn die halbjährlichen Lieferungen und besonders des Früchtemilch ist bei weitem geringer als die der Äpfel und Zitrusfrucht. Aber selbst wenn die verantwortlichen Behörden längst genug gewarnt wären, dem Drängen nach Beschlagnahme nachzugeben, hätten sie den beabsichtigten Zweck wohl keineswegs erreicht. Wohl wären die geringen Mengen, welche jetzt wenigstens noch sporadisch auftauchen, auch noch beschwendbar, aber es ist ausgeschlossen, daß durch die Beschlagnahme irgendwelche noch nennenswerten Mengen in die öffentliche Versorgung kommen könnten, welche eine öffentliche Beschlagnahme auch nur ermöglichen hätten. Denn der Schleis- und Schieberhandel hätte seine Wege nach wie vor gefunden, und ein großer Teil der Erzeuger hätte, um den Unannehmlichkeiten der Beschlagnahme zu vermeiden, ihre Erzeugnisse durch verheimlichter Verkehr oder durch Konfektionierung selbst vertrieben. Eine Vermeidung der Gemüselieferungen kann erst durch ein Aufhalten der Wirtschaft durch entsprechend strenges Angebot, besonders auch von anderen Rohstoffen, wie Kartoffeln und des mehr fäähigen Kartommüses, einleiten.

Wenn man das sieht, dann wird einem noch viel mehr als vorher klar, weshalb die Obstversorgung jetzt schon fast vollkommen versagt hat: es ist weit weniger die Inangunst der Verhältnisse als die Organisations- und auch Direktionslosigkeit der Zentralstelle für Gemüse und Obst.

Wie früher gerade in diesem Jahre die Verhältnisse auf dem Obst- und Gemüsemarkt sind, das wissen wir selber zu genau, als daß es uns noch einmal verständlich geschähe, warum man brauche. Aber zunächst ist ja die Zentralstelle ausgerechnet zu dem Zwecke gegründet worden, solche Schwierigkeiten zu überwinden. Denn aber hätten gerade diese Schwierigkeiten die Reichsstelle veranlassen müssen, gründlich zuzusehen und eine Probe ihrer Kunst abzulegen, was ihr um so leichter gewesen wäre, als sie schon aus den Verhältnissen vom vorigen Jahre her genügend hätte lernen können, außerdem auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten doch wohl nicht überraschend gekommen sind. Aber statt dessen hat sich die Zentralstelle doch übermäßig mit der Regelung rein geschäftlicher Angelegenheiten befaßt, und somit ist doch zu organisatorischen Maßnahmen gegiffen hat, ist sie auf halbem Wege stehen geblieben.

Das beste Beispiel hierfür gibt ja der vorstehende Besichtigungsbereich. Darin wird gesagt, daß die von allen Seiten verlangte gründliche Maßnahmen, die Obsterbschlagnahme, einfach gar keinen Zweck gehabt hätte, und als Begründung wird ange-

führt, daß hierbei das Obst, im besonderen aber das Gemüse, wegen seiner geringen Haltbarkeit schnellstens verbraucht wäre, und daß sich die Erzeuger der Beschlagnahme doch nur wieder entzogen hätten. Nun ist ja anzunehmen, daß das Früchtemilch und Früchtemilch nicht gerade die besten Objekte zu dem Experiment mit der Beschlagnahme sind, eben wegen ihrer geringen Haltbarkeit. Aber das wiederum noch lange nicht die Förderung nach der Beschlagnahme. Denn erstens hält sich ein Teil des Gemüses immerhin noch längere Zeit, bestimmt tun es aber die Kürbisse — um die es sich hierbei vor allem dreht — besonders in diesem Jahre, da sie infolge der andauernden Hitze sowohl von vornherein lichter feil waren und sich auch weiterhin beim Transport und Lagern gut hielten. Zweitens hätte bei rechtzeitigem unentschieden Maßnahmen auch die Lager- sowie Umlaufzeit des Obstes und des Gemüses bedeutend über das jetzt übliche Maß hinaus gefördert werden können, und wäre hierzu eine so schnell als möglich auszuführende Beschlagnahme gekommen, dann hätte sich ein größerer Verlust zweifellos vermeiden lassen. Drittens aber müßte es doch mit dem Zweifel zugehen, wenn eine Reichsbehörde, die mit den unentschieden Maßnahmen ausgestattet ist, nicht mit den haltbarsten Erzeugern und den pfiffigen Geschäftshändlern fertig werden würde: sie brauchte nur alle Erzeuger unter strengste Bewachung zu stellen, eventuell unter Verwendung von Militärkommandos, und brauchte nur jeden Versuch mit schweren Strafen zu bedrohen, sofort würde alles ziemlich glatt konstatieren gehen. Schließlich könnte man ja auch die Erzeuger sowie die noch ihnen folgenden Großhändler finanziell daran zu interessieren suchen — und mit einem Teile davon ließe sich dann jedenfalls gut zu reden —, sofort wäre damit der Widerstand aller Widerbehaarigen ganz wesentlich gelindert.

Als die Beschlagnahme ließe sich schon durchzuführen, wenn man nur wollte. Dazu gebräue freilich eine ganz andere Energie, vor allem aber ein ganz anderes Organisationsgeschick, als es die Reichsstelle für Gemüse und Obst gegenwärtig aufbringt. Aber daran fehlt es eben, direktionslos pendelt man hin und her und lebt dort oben genau so mit der Hand in der Munde, wie wir hier unten es tun müssen, ja eigentlich noch mehr, denn die Verteilung, das alles erst mit einer größeren Obst- und Gemüseführung anders werden könnte, bedeutet geradezu die eigene Bankrotterklärung.

Die Kohlenversorgung im kommenden Winter.

Von zuständiger Stelle werden über die Kohlenversorgung folgende Angaben gemacht:

Die Produktion. Die Kohlenfrage ist eine sehr ernste Angelegenheit geworden, die die Produktion von Kohlen zum Verbrauch sehr gering ist. Das Kommissariat für die Kohlenversorgung steht daher vor einer äußerst schwierigen Aufgabe. Es muß ein Ausgleich geschaffen werden, vor allem durch Zusammenlegung von Betrieben. Auch muß die Ausfuhr an Kohlen auf das Notwendigste beschränkt werden. Die Produktionsgebiete sind in folgenden Gruppen eingeteilt worden: Steinkohlenbezirk Oberhesseln, Braunkohlenbezirk Niedersachsen, die rheinisch-westfälischen Kohlenbezirke, die sächsischen Braunkohlenlager und das Saargebiet. Alle diese Kohlenbezirke haben Vertreter im Kohlenkommissariat sitzen. Täglich werden hier Sitzungen abgehalten und es wird zwischen den Produzenten und Konsumenten direkt verhandelt und ausgeglichen.

Die Verteilung. Durch die Verordnung vom 17. Juni dieses Jahres ist die Kontrolle der Industrie (ausschließlich des Kleinverbrauchs, das jährlich weniger als 10 Tonnen Kohlen ver-

braucht) geregelt. In einer neuen Verordnung, die in diesen Tagen veröffentlicht wird, soll der Verbrauch an Hausbrand, der Landwirtschaft und des kleinen Gewerbes geordnet werden. Die Gemeinden des Reiches werden in zwei große Gruppen eingeteilt: in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern und in Landgemeinden. Während dem Reichskommisariat nur die Oberverteilung vorgenommen und bestimmt wird, wieviel Kohlen zur Verteilung kommen, haben die großen Gemeinden in ihren Bezirken und für die kleinen Gemeinden die Landratsämter die Unterabteilung selbst in die Hand zu nehmen. Die Oberverteilung hat sich nach der Kohlen- und der Braunkohlenbeschaffung zu richten. Den Kommunen wird ein gewisses Beschlagnahmerecht eingeräumt. Es können vom 1. November an bei Sändlern und Bräunern die Kohlen, die den eigenen Bedarf übersteigen, beschlagnahmt und für den Hausbrand oder die Landwirtschaft freigegeben werden. Die bundesstaatlichen Regierungen können an Stelle der Kommunalverbände auch andere Organe mit der Verteilung beauftragen. Die Gemeinden, die in einem Kohlenbezirk liegen, sind gewissen Beschränkungen unterworfen.

Wieviel kommt nun zur Verteilung? Diese Frage kann erst dann beantwortet werden, wenn das Resultat der Erhebungen vorliegt, die am 1. September vorgenommen werden sollen. Für jeden Versorgungsbezirk wird eine bestimmte Kohlenmenge festgelegt, die in der ersten Lieferungsperiode, beginnend am 1. August, geliefert werden kann. Damit soll erreicht werden, daß ein viereljähriges längerer kommunal-verbands sich mit Kohlen nicht vollziehen kann, während andere Gemeinden noch keine Kohlen erhalten haben. Bei dieser Verteilung sind die Gemeinden in drei Gruppen eingeteilt: in die großen Verbrauchsgruppen mit etwa 100 000 und mehr Einwohnern, die eine vorzugsweise Bedarfssicherung verlangen, weil es schwerfällt, das nötige Quantum an Kohlen schnell heranzuschaffen; in die zweite Gruppe von Gemeinden, die mehr als 10 000 Einwohner haben, und in die dritte Gruppe, bei der alle übrigen Gemeinden angehören. Die Verbrauchengruppen gehören der dritten Gruppe an. Bei der Lieferung werden Braunkohlen wegen deren geringeren Heizkraft im Verhältnis zur Steinkohle mit 1,7 der Kohle mit 0,7 bewertet. Erhalten die Großstädte an Kohlen 100 Prozent, so bekommt sich das Quantum bei der zweiten Gruppe der Gemeinden auf 75 und bei der dritten Gruppe auf 50 Prozent. Diese Regelung soll nur für die erste Lieferungsperiode gelten. Der Zweck ist, daß jeder Kommunalerbehalter auch schon bei der ersten Lieferung den ihm zustehenden Teil an Kohlen bekommt. Dadurch soll etwas bestimmtes nicht nur für den Sändler, sondern auch für den Konsumenten erreicht werden.

Zur Verbrauchsregelung in Halle

Die Ortskohlenstelle folgendes bekannt:
Nach unser Verordnung vom 16. Juni d. J. darf an einen Hausfall nur höchstens ein Drittel der zugewiesenen Stückmenge, und zwar bei Verbrauchern unter 100 Zentner nicht mehr als etwa 30 Zentner, bei größeren Verbrauchern nicht mehr als etwa 60 Zentner, geliefert werden.
Mit dieser Anordnung soll erreicht werden, daß allen Haushalten zunächst ein Teil der zugewiesenen Menge zugeführt wird. Weiter können einzelne Haushaltungen das Samtrest nicht lassen. Sie können ihren Bedarf auf ihre Wärmehäuser zu nehmen, falls ihnen gar nicht ein.
Wir bringen daher die Verordnung vom 16. d. M. nochmals in Erinnerung und fügen hinzu, daß wir in Zukunft alle Zulieferungen, die zu einer Kenntnis kommen, unanschaffbar werden und Befragung veranlassen werden. (Befragung bis zu 6 Monaten oder Selbstrate bis zu 1500 Mark.) Sonst der Ein-

Als ob kein anderer außer Dir den Unterhalt verdienen!

Sie machte eine wegwerfende Gebärde und hatte ein böses Lachen.

„Also darum hat man sich bei Hölzeln mal begeben?“ murkte Aure, die mit einem Male nichten geworden war. Florine antwortete nicht. Sie erhob sich, warf ihre Schürze über die Nähmaschine, bedeckte die Sandbüchsen auf dem Stuhle mit einer alten Zeitung und begab sich in das Schlafgesch.

„Ich werd Dich schon noch kriegen!“ brummte Hilla und machte ihr eine Faust.

„Trink allein Kaffee, ich geh auch schlafen,“ sagte Aure bestimmt.

Sie ließ die Tür hinter sich zuschlagen, daß sie in dem kleinen Raum eine Wolke von beidendem Staub erhob.

„Tu nichts, es wird alles heimgezählt,“ führte die Schmarze, vor Wut entstellt.

Die andre gab aus der Kammer zurück: „Schweig still! Du hast uns lange genug kommandiert. Erwa nicht? Nachdem sie in Franseske Generer geneip hat und sich den ganzen Abend vor Lecken gekümmert hat, fängt sie nun an, Häbel zu suchen. . . . Seirate schnell, daß Deineun Coube Hölzeln nach Deiner Pfeife tragen, wenn's geht.“

Das war der offne Aufbruch. Hilla antwortete nicht mehr. Die Nervosität der Kleinen erschien ihr ungeheuerlich, übermäßig fei völlig.

„So 'ne Robnale! Was?“ jagte sie, mit müdem Gesicht sich zu Palmre wendend.

Ihre Lippen bebten. Sie ließ sich säuber auf einen Stuhl fallen und schüttelte, ein farres Funkeln in den Augen, wiederholt den Kopf.

Palmre zog einen sädieren Mund, als wollte sie sagen: „Lieber Gott, es lohnt doch gar nicht, das so wichtig zu nehmen.“

Sie suchte die Achseln und goß vorsichtig den Rest des Waffers auf, der noch im Kessel geblieben war.

(Fortsetzung folgt.)

Rotes Flamenblut.

Roman von Pierre Brodeursens. Eingige ausgewählte Uebersetzung von Johannes Schlaf. (23. Fortsetzung.)

Palmre raffte sich auf und verschleuderte schnell die traurigen, nutzlosen Gedanken.
„Ich hab Hunger,“ jagte sie lebhafter. „Wollen wir schon immer essen?“
„Warum nicht,“ meinte Florine.
Auf dem Ofen lag der Kessel.
Die Kleine wärmte in einem Steinguttopf Kaffee. Palmre holte aus dem Küchenschrank zwei Tassen und das Brot hervor. Sie legten sich an den Tisch.
Draußen erhoben sich plölich Stimmen, die den lauten Grimm der Nachtvögel ermeten.
„Da sind sie,“ sagte Florine und laufste. Natürlich sind sie befeinet.“
Die Stimmen sangen:

„Der Höl Zambel schlagen kann.
Und wer bereit, kommt auch voran.
Die Enle hoch in ihrem Loch,
Und tut sie nichts, ja faucht sie doch.“

„Puuff!“ jagte Palmre.
Ein Fußtritt hatte die Tür erschüttert. Draußen gellte ein lautes Getreisch.

„Macht auf, Leuten! Wir sind so befoffen, daß Ihr uns ins Bett tragen müßt, he!“
Es war Hilla's Stimme.
„Bummelinnen!“ brummte Florine

Sie wachte mit dem Handrücken schnell über den Mund, setzte sich eilig an eine Nähmaschine und gab sich nachdem sie das Getriebe mit ein paar Deltropfen gefeuchtet gemacht hatte, an die Arbeit, das recht auffällig machend.
Palmre schob den Riegel zurück.

Arm in Arm, sich stoßend, mit geräufltem Haar und verflump, eine ungemöhnliche Heide auf den Bodenknoschen, trachten die beiden Mädchen in das Zimmer herein,

„Wahrhaftig, wir haben unser Zeil!“ schludste Aure.

Lachend stieß sie ihre Schwester zurück, dann torkelte sie auf einen Stuhl.

„Du bist eine!“ jagte Hilla verärgert, „Kannst nicht mal trinken.“

Die Hände in die Hüften gestemmt, wandte sie sich gegen Palmre.
„Na was denn, he? Und was ist!“

Ein nicht enden wollendes Gelächter schüttelte die Sündende. Palmre machte eine ungebüddige Gebärde. Sie runzelte die Brauen und deutete nach dem Hängebissen hinauf, wo der Alte schlief.

„Schau gut!“ jagte Hilla harig und zuckte die Achseln.
„Ich weiß noch, was ich tu. Es brauchen ja nicht immer diejeihen zu sein, die kniepen und sich sinnlos bejaufen.“

„Und . . . der Alte . . . ist er etwa nicht befoffen?“ höhnte Aure.

Sie schlug kräftig mit der Faust auf die Zinkplatte des Tisches.
„Halt den Schnabel,“ führte Hilla, „mich Dich nicht drein! Schlaf Deinen Kausch aus! Ich allein hab hier das Wort!“

Ein trunkener Zorn bemächtigte sich ihrer. Die unvorsichtige Bemerkung Palmres hatte sie tief beleidigt. Wie alle empfindlichen und nervösen Menschen fühlte sie, unter dem Einfluße des Alkohol's stehend, um so lebhafter Demütigungen und Beleidigungen, als sie sich von dem Zustand ihrer Unterlegenheit völlig Rechenschaft gab.

Der Alkoholismus umnebelte ihr den Blick, nichtsdestoweniger beschäftigte sie aber zu beweisen, daß sie noch immer im Besitz ihres klaren Urteils und Serrin ihrer Handlungen sei. Ihre wirren Blicke holteten, nachdem sie überall herumgefahren waren, schließlich auf Florine.

Taumelnd pflanzte sie sich vor dieser auf.

„Ich seh Dich wohl, Dudmäuerin! Du tußt so harmlos!“ Und ich — ich binmüel — ich treib mich um — ich — Wahrhaftig! Man könnte meinen, sie allein nur arbeitete hier. . . . Das Unglück! . . . Wirf nur das Maul auf, Gans!

